



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

	Es informiert Sie	Sylvia Meyer
	Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
Herrn Arnold Norkowsky	Telefon (0202)	563-51 46
	Fax (0202)	59 64 88
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit	E-Mail	sylvia.meyer@gruene-wuppertal.de
	Datum	09.01.2012
Große Anfrage	Drucks. Nr.	VO/1082/12 öffentlich

Zur Sitzung am
26.01.2012

Gremium
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Psychiatrische Versorgung in Wuppertal

Sehr geehrter Herr Norkowsky,

die Anzahl psychischer Erkrankungen ist in den letzten Jahren angestiegen und die Krankheitsbilder werden vielfältiger. Die Stadt Wuppertal muss ihr Angebot auf diese Situation ausrichten. Das Psychosoziale Adressbuch listet die unterschiedlichen Anlaufstellen in Wuppertal auf. Dieser städtische Service steht leider nur auf der Homepage zur Verfügung und nicht als gedruckte Version, wie bislang üblich und auch aktuell zugesagt. Die Fraktion Bündnis/DIE GRÜNEN bittet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten, Krankenkassen etc. in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen zur o.a. Sitzung:

1. Liegen der Stadtverwaltung Zahlen darüber vor, wie viele Menschen in Wuppertal aufgrund einer psychischen oder psychiatrischen Erkrankung in den Jahren 2005-2010 im Rahmen einer ambulanten oder teilstationären Maßnahme begleitet bzw. behandelt wurden?
2. Wie viele Angebote gibt es für Menschen, die hier Unterstützung brauchen (Ambulantes Betreutes Wohnen, rechtliche Betreuung etc.)?
3. Gibt es Angebote für spezielle Zielgruppen und Maßnahmen, die auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen und insbesondere von Migrantinnen sowie von Kindern und Jugendlichen abgestimmt sind? Wie viele psychiatrische Praxen und ambulante Anbieter gibt es mit mehrsprachigem Personal?
4. Gab es in den vergangenen Jahren eine signifikante Erhöhung bzw. Veränderung einzelner Krankheitsbilder / Störungsbilder im Stadtgebiet (z.B. Zwangserkrankungen, Borderline-Störungen)?

5. Sind die vorhandenen Kapazitäten für die Nachfrage an Therapie- und Betreuungsplätzen ausreichend?
 - 5.1 Reichen die stationären Behandlungsplätze in der Stiftung Tannenhof aus? Gibt es Wartelisten? Wenn ja, nach welcher Priorisierung werden die vorhandenen Plätze vergeben?
 - 5.2 Reicht die ambulante fachärztliche psychiatrische Versorgung aus?
6. Wie wird von Seiten der Gesundheits- und Sozialverwaltung auf den zunehmenden Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Angeboten reagiert, der in der praktischen Arbeit (Sozialpädagogische Familienhilfe, flexible Erziehungshilfe) mit oft mehrfach belasteten Familien zu Tage tritt?
7. Wie haben sich die PatientInnenzahlen für Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (entsprechend PsychKG) im Bereich des sozialpsychiatrischen Dienstes entwickelt?
8. Hält die Verwaltung die Stellenbemessung im sozialpsychiatrischen Dienst für die Beratung und Betreuung psychisch kranker und gefährdeter Menschen für ausreichend?
9. Stimmt die Fachverwaltung der Einschätzung zu, dass aufgrund des zunehmenden Bedarfs eine Erweiterung des Angebotes und ein Ausbau der Personalkapazitäten im sozialpsychiatrischen Dienst in den nächsten Jahren erforderlich wäre?
10. Wie sieht die Vernetzung der verschiedenen Fachdienste und Professionen in der Praxis aus? Ist beispielsweise eine Vermittlung in psychiatrische Angebote durch Kinder- und Jugendärzte, Bezirkssozialdienste oder andere Beratungsstellen gewährleistet? Welche Themen und Probleme treten an den Schnittstellen auf?
11. Welche Hilfemöglichkeiten gibt es für die Angehörigen psychisch Erkrankter?
12. Gibt es ein verbindlich abgestimmtes Verfahren der Beteiligten (Ärzte, Feuerwehr, rechtliche BetreuerInnen, Betreuungsbehörde, Polizei) bei Unterbringungen nach PsychKG und Betreuungsgesetz?
13. Die ambulante Kinder- und Jugendpsychiatrie in Solingen musste im Oktober 2011 schließen, weil kein qualifiziertes Personal gefunden werden konnte. Ist dadurch in Wuppertal die Nachfrage an professioneller Hilfe schon messbar größer geworden?
14. Liegen der Stadtverwaltung Zahlen vor, wie vielen der Erkrankten (in Prozent) in den vergangenen Jahren aufgrund zu großer Handicaps eine (Wieder)-Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt nicht gelungen ist?

Mit freundlichen Grüßen

Ilona Schäfer
Stadtverordnete

Marcel Simon
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie